

Vor wichtigen Wahlen



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Sicher haben Sie schon einiges über die bevorstehenden Regierungswahlen vom 25. Oktober 2020 gelesen und gehört. Da eine Parteiversammlung aktuell leider nicht möglich war, haben wir Sie als LDP-Mitglieder per Newsletter über die Absichten der drei bürgerlichen Parteien informiert.

Gemeinsam mit CVP und FDP

CVP und FDP haben inzwischen der Vierer-Liste zugestimmt. Mit Baschi Dürr (FDP, bisher), Lukas Engelberger (CVP, bisher), mit unseren LDP-Mitgliedern Conradin Cramer (bisher) und neu Stephanie Eymann streben wir eine bür-

gerliche Mehrheit im Regierungsrat an. Erstmals soll auch das Regierungspräsidium mit Stephanie Eymann bürgerlich besetzt werden.

Gegen altsozialistische Umverteilungspolitik

Weshalb eine bürgerliche Mehrheit? Im Grossen Rat dominiert die Linke, oft unterstützt von den Grünliberalen. Häufig werden ihre teils abstrusen Vorstösse überwiesen. Die Linke ist eifrig daran, altsozialistische Umverteilungsideen einzubringen, leider oft mit Erfolg, und teils sogar vom Volk gutgeheissen, wie die unselige Topverdienersteuer zeigt. Regelmässig fordern SP, Grüne, BastA und auch die Grünliberalen Neuerungen, welche den Staat meist sehr viel Geld kosten, wie zum Beispiel die an allen Realitäten vorbeischiessende gratis Tagesbetreuung für alle, was die Steuerzahler jährlich ca. 100 Mio. kosten würde.

Diesem überwiegend links handelnden Parlament muss endlich eine bürgerli-

che Regierung entgegengesetzt werden. So wäre es möglich, mit einer klaren Haltung bei unsinnigen und oft schädlichen Vorstössen aus dem Parlament Gegensteuer zu geben. Die bisherige linke Mehrheit im Regierungsrat hat nicht



Das bürgerliche Quartett mit (v.l.n.r.) Lukas Engelberger, Stephanie Eymann, Baschi Dürr und Conradin Cramer.

Inhalt

Die Parteipräsidentin: Vor wichtigen Wahlen	Seite 1
Der Fraktionspräsident: Political Distancing	Seite 2
Stephanie Eymann ganz privat: Auf zum nächsten Besenstrich	Seite 3
Unser Regierungsrat: Schule vor Ort ist und bleibt unerlässlich	Seite 4
Unser Nationalrat: Stimm- und Wahlrecht ist Bürgerecht	Seite 5
Begrenzungsinitiative: Herr im eigenen Land oder Frontal- Angriff auf die Schweizer Wirtschaft?	
Abstimmungs-Empfehlungen des Vorstandes	Seite 6
Liberaler Riehen-Bettingen Zoomitis und Co.	Seite 7
Däge zeichnet für LIBERAL	
Wahlen für Regierungsrat und Regie- rungspräsidium: Prozedere kurz erklärt	Seite 8

alles schlecht gemacht. Wir sehen aber durchaus Verbesserungspotential. Der Mittelstand wird nach wie vor steuerlich zu stark belastet. Die Verkehrspolitik ist zu einseitig, bis ideologisch gegen den Individualverkehr gerichtet. Unnötige Neugestaltungen, wie z. B. in der St. Alban-Vorstadt, kosten viel Geld. Die linke Wohnpolitik vergisst, dass wir in Basel auch Wohnungen für gehobene Ansprüche, sprich gute Steuerzahler, brauchen. Anliegen des Gewerbes werden oft überhört.

Unsere drei Bisherigen und unsere neue Kandidatin werden eine Politik vertreten, die allen Menschen in Basel-Stadt dient, und unseren durch Generationen erarbeiteten Wohlstand nicht fahrlässig gefährdet.

LDP übernimmt Verantwortung

Die SVP ist bei der bürgerlichen Liste nicht mit dabei. Das ist zwar bedauerlich, aber eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ist für uns nicht möglich. Nicht nur wegen ihrer wirtschaftsfeindlichen Begrenzungsinitiative, sondern auch wegen weiteren grundsätzlich unterschiedlichen politischen Positionen.

Wir haben mehrfach guten Willen zur Zusammenarbeit gezeigt. Die jüngste Trotzreaktion der SVP, mit ihrer eigenen, chancenlosen Regierungskandidatur zeigt aber, dass sie derzeit nicht zu einer konstruktiven politischen Partnerschaft willens oder fähig ist.

Die LDP wollte nicht zwei Kandidaturen auf der bürgerlichen Liste durchzwängen. Wenn aber die Mehrheit im Regierungsrat nicht kampflös der Linken überlassen werden soll, muss eine der drei bürgerlichen Parteien zwei Kandidaturen stellen.

Obwohl rechnerisch kein Anspruch auf zwei LDP Regierungsräte besteht, macht dieses Vorgehen Sinn, weil die LDP aktuell die wählerstärkste bürgerliche Partei ist, und zudem mit Conradin Cramer und Stephanie Eymann zwei hervorragende Kandidaturen stellen kann. Da Regierungsratswahlen immer auch Persönlichkeitswahlen sind, ist dies ein wichtiges Argument.

Sitze im Grossen Rat mindestens halten

Bei den Wahlen für den Grossen Rat wollen wir unsere Fraktionsstärke mindestens halten oder ausbauen. Auch für

diese Wahlen können wir im Kleinbasel, in Riehen, in Grossbasel-West und - Ost volle Listen mit bestqualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren. Sie, liebe Parteimitglieder, haben mitgeholfen, dass die LDP bei den Wahlen 2016 zur stärksten bürgerlichen Kraft im Kanton Basel-Stadt geworden ist. Diese Unterstützung von Ihnen, Ihren Familien, Bekannten und Freunden brauchen wir auch jetzt, wenn wir als LDP das Erreichte halten, und unsere Stärke noch ausbauen wollen, auch mit einer neuen bürgerlichen Regierungsmehrheit.

Danke für Ihr Engagement!

Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen! Es braucht im kommenden Herbst mehr als bloss das Einlegen der LDP-Liste 3 und der bürgerlichen Vierer-Liste für den Regierungsrat. Die wichtigste politische Werbung ist noch immer das persönliche Gespräch, das persönliche Engagement und die direkte Überzeugungsarbeit im eigenen privaten und beruflichen Umfeld. Es wäre schön, wenn Sie mithelfen, unser gemeinsames Ziel einer klugen, weitsichtigen und verantwortungsvollen bürgerlichen Politik für Basel zu ermöglichen.

Der Fraktionspräsident: Political Distancing



Fraktionspräsident Michael Koechlin

Kontaktlos bezahlen kann ich schon lange. Kontaktlos im Grossen Rat politisieren, das ist etwas Neues. Eine Sonderbewilligung hat es gebraucht, und alle Verhaltensvorschriften, die das BAG ausgekocht hat, sind strengstens einzuhalten. Die zwei Meter Abstandsregel hat uns aus dem ehrwürdigen Grossratssaal geworfen. Ratspräsidentin Salome Hofer und ihr Team haben wegen Corona nur eine einzige Grossratssitzung, die vom 18. März 2020, ausfallen lassen. Eine beachtliche Leistung, angesichts der vielen

wegen Corona abgesagten Veranstaltungen. Der Grosse Rat hat auch nicht Kurzarbeit beantragt, seine Kommissionen haben allenfalls zur Gewinnsteigerung von Zoom beigetragen. Im grossen Saal Montreal des Kongresszentrums wurde das Socio-political Distancing gewährleistet. Von der Drehtür bis zu den BAG-konform ausgedünnten Sitzreihen. Wo sonst 500 Koryphäen über die neusten Erkenntnisse in der Medizin debattieren, taten dies nun 100 Allroundlaien über die neusten Ratschläge der Regierung oder eigene Vorstösse.

Ort kann den Unterschied machen

Business as usual, könnte man auf den ersten Blick meinen. Auf den zweiten gibt es aber doch einige Unterschiede. Und die Summe dieser Unterschiede löst bei mir eine grosse Sehnsucht nach unserem schönen Grossratssaal aus. Unterschied eins: Der Grossratssaal im Rathaus atmet Geschichte. Er gibt uns

zu verstehen, dass wir Teil dieser Geschichte sind. Vorübergehende Einzelne eines grösseren Ganzen. Das Rathaus gehört der Basler Bevölkerung, wir vertreten sie im Saal, *salus publica suprema lex*. Im Saal Montreal sitzen wir als Minderheitsaktionäre der MCH Group. Tageslicht gibt's hier nicht, die Luft kommt aus der Klimaanlage. Geschichte ist hier nicht zu spüren, dafür eine wackelige Gegenwart und ungewisse Zukunft. Unterschied zwei: Will jemand im Grossratssaal das Wort ergreifen, passiert das vorne am Rednerpult. Sie oder er steht dem Rat gegenüber, von Angesicht zu Angesicht. Im Saal Montreal herrscht BAG Sitzenbleibpflicht. Das bedeutet, dass die Stimme der irgendwo im Saal sitzenden Votantin oder des Votanten leicht anonymisiert vorne aus den grosse Lautsprechern tönt. Ohne Augenkontakt. Und der spielt ja bekanntlich bei allen Säugetieren und dem Menschen eine wichtige Rolle.

Kontakte fehlen

Unterschied drei: Wenn nicht sogar wichtiger als das, was im Grossratssaal passiert, sind die vielen Gespräche, Verschwörungen oder Einigungen, die im

Vorzimmer, im Rathaus-Käffeli, in der Garderobe geschmiedet werden. Die BAG-Vorschrift für den Saal Montreal ist ebenso klar wie brutal: Alle bleiben an ihren Plätzen sitzen, den Saal verlassen darf man nur Richtung stilles Örtchen, und dann alleine. Das tönt nach Kommunikations-Killer par excellence. Wäre es auch, wenn nicht jede Grossrätin und jeder Grossrat über eine gesunde Portion

zivilen Ungehorsams verfügen würde. Polizei war nur an der ersten Sitzung in Montreal präsent, und hat auch niemanden wegen illegaler Gruppenbildung gebüsst. Die MesseCH hat vier Kaffeeautomaten im Foyer aufgestellt, inklusive dem Aufruf zum Abstand halten. Schön, dass sie auch noch den schwarzen Konzertflügel im knallweissen Foyer vergessen hat. Auf dem hat immer wieder mal

unser Alterspräsident Roland Lindner gespielt. Eine leicht surreale, fast filmreife Einlage, ganz nach «Ne Tirez pas sur le Pianiste» von François Truffaut. Mein Fazit aus Montreal: Gut, sehr gut, dass wir so unsere Parlamentsarbeit trotz Lockdown weiterführen konnten. Hoffentlich sehen wir uns dann nach der Sommerpause wieder in unserem Grossratssaal, in unserem Rathaus!

Erst mal ganz privat: Auf zum nächsten Besenstrich



von Stephanie Eymann

Als André Auderset mich anfragte, doch ein paar Worte über mich für das „liberal“ zu schreiben, nicht politisch, sondern persönlich, so die Vorgabe, dachte ich, das sei relativ einfach und schnell erledigt. Der Abgabetermin rückte immer näher und die vorgegebene A4 Seite war immer noch leer. Ich muss mir eingestehen, dass dies alles andere als eine leichte Aufgabe ist. Staatsanwaltschaftliche Plädoyers, juristische Fachpublikationen, Übungsbücher für Studierende, die eigene Dissertation oder Beiträge über brennende Fragen zum Verkehrsrecht gingen zwar auch nicht immer leicht von der Hand, doch fachlich zu schreiben ist letztlich doch wesentlich einfacher als «erzähl doch was aus Deinem Leben, zu Deiner Person!».

Schritt für Schritt

Vielleicht beschreibt mich das nachfolgende Zitat aus dem Buch «Momo» von Michael Ende, das ich als mein Lebensmotto bezeichnen würde, am besten: „Manchmal hat man eine sehr lange Strasse vor sich. Man denkt, die ist so schrecklich lang; das kann man niemals schaffen, denkt man. Und dann fängt man an, sich zu eilen. Und man eilt sich immer mehr. Jedes Mal, wenn man aufblickt, sieht man, dass es gar nicht weni-

ger wird, was noch vor einem liegt. Und man strengt sich noch mehr an, man kriegt es mit der Angst zu tun und zum Schluss ist man ganz ausser Puste und kann nicht mehr. Und die Strasse liegt immer noch vor einem. So darf man es nicht machen. Man darf nie an die ganze Strasse auf einmal denken, verstehst du? Man muss immer nur an den nächsten Schritt denken, an den nächsten Atemzug, an den nächsten Besenstrich. Dann macht es Freude; das ist wichtig, dann macht man seine Sache gut. Und so soll es sein. Auf einmal merkt man, dass man Schritt für Schritt die ganze Strasse gemacht hat. Man hat gar nicht gemerkt wie, und man ist nicht ausser Puste. Das ist wichtig.“

Grundvertrauen in die Zukunft

Als ich kurz nach der Matura am Realgymnasium jung Mutter einer wunderbaren Tochter wurde, war mir ausser dem Wunsch zu studieren, noch nicht klar, wo die Reise hingehet. Ich habe mit einem guten Grundvertrauen in meine Zukunft, das mich meine Eltern gelehrt

haben, Schritt für Schritt oder eben Besenstrich für Besenstrich in Angriff genommen. Nach meinem Jurastudium habe ich eine Doktorarbeit geschrieben und das Anwaltspatent absolviert. Mein Interesse am öffentlichen Recht, insbesondere am Strafrecht war schon früh klar, geht es dabei doch um kernstaatliches Handeln, das für den Einzelnen, weitreichende Folgen haben kann. So habe ich meinen beruflichen Weg in der Strafverfolgung fortgesetzt und war als Staatsanwältin tätig. Daneben empfand ich es als wichtig, den studentischen Nachwuchs für diese Materie zu begeistern und so unterrichtete ich bis heute an der Juristischen Fakultät meiner Alma Mater, der Uni Basel.

Mit offenem Blick durch's Leben

Meine beruflichen Schritte waren bislang dadurch geprägt, dass ich mit offenem Blick durchs Leben gehe. Die sich meist zufällig ergebenden Herausforderungen habe ich angenommen. Hätte mir jemand noch vor fünf Jahren



gesagt, dass ich einmal bewaffnet und uniformiert eine Abteilung der Polizei leiten würde, so hätte ich wohl lachend abgewinkt. Nein, einen Masterplan in meinem Leben gibt es nicht. Ich habe



mir immer gesagt, dass eine gute Ausbildung und ein offener Blick einem Möglichkeiten eröffnet, die man durch sture Karrierepläne vielleicht schlicht übersehen hätte. Dieser offene Blick und das Interesse

mich vielfältig zu engagieren, liess mich auch zahlreiche nebenamtliche Tätigkeiten wie Gemeinderätin einer kleinen Gemeinde im Oberbaselbiet, Spitex-Präsidentin oder Sektionspräsidentin der FDP Baselland annehmen. Deshalb habe ich für eigentliche Hobbies im Erwachsenenalter nie Zeit gefunden, galt es doch auch immer, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Den Ausgleich finde ich in den kleinen Dingen: Neben „Urban Gardening“ (so heissen heute Blumenkistli mit Gemüse) auf meinem wunderschönen Balkon im Glaibasel oder Spaziergängen durch unsere wunderbare Stadt liebe ich auch Ausflüge nach Zermatt (ein wahrer Kraftort) oder an den Neuenburgersee. Es braucht nicht immer weite Wege, um die Batterien aufzuladen. Auch gemütliche Abende zuhause bei einem guten und - seit 25 Jahren vegetarischen - Essen liebe ich. Daneben fotografiere ich gerne alltägliche, aber einmalige Dinge des Alltags.

Die wichtigste Eigenschaft sowohl an mir selber als auch an anderen ist



der Humor, der die nötige Selbstironie ermöglicht. Verbissenheit finde ich schlimm; ein Quäntchen Leichtigkeit tut jeder Sache gut.

Zur letzten Frage von André: «was möchtest Du in Deinem Leben noch erreichen?», nur so viel: Ich möchte den nächsten Besenstrich in Angriff nehmen und dies mit Freude, Humor und Leidenschaft!

Unser Regierungsrat: Schule vor Ort ist und bleibt unerlässlich

Gewisse Dinge nehmen wir ganz selbstverständlich hin. Schule zum Beispiel, die Tag für Tag einfach stattfindet. Die Schulschliessungen Mitte März haben vielen Menschen erst bewusst gemacht, wie «systemrelevant» Schule ist: Eine Gesellschaft kann ohne sie nicht funktionieren.



Regierungsrat
Conradin Cramer

Als Vorsteher des Erziehungsdepartements hat mich der ausserordentliche Einsatz der Lehr- und Fachpersonen während des Fernunterrichts beeindruckt. In kürzester Zeit haben sie sich auf noch wenig vertraute Technologien eingelassen, mit viel Kreativität Materialien erarbeitet und diese persönlich bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern vorbeigebracht. Speziell in Erinnerung blieb mir beispielsweise der „Take Away-Kiosk“ im Lehenmattquartier. Dort packten die Lehrpersonen den Kindern

allerlei Nützliches in kleine Boxen, die Kinder konnten die Sachen abholen und bei dieser Gelegenheit gab es die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch konkret und einfühlsam auf die Kinder einzugehen.

Ein besonderes Augenmerk galt einzelnen Schülerinnen und Schülern, die in schwierigen Verhältnissen leben. In enger Zusammenarbeit mit den Fachpersonen der Schulsozialarbeit haben Lehrpersonen diese Kinder begleitet und unterstützt. Alle gaben ihr Bestes, damit diese Schülerinnen und Schüler den Anschluss nicht verlieren. Der Fernunterricht hat uns die Chancen der Digitalisierung aufgezeigt. Doch er hat uns allen ebenso gelehrt, dass er den Präsenzunterricht und die Schule als Ort nicht zu ersetzen vermag. Schule vor Ort und persönlicher Austausch sind und bleiben unerlässlich.



An allen Standorten der Volksschulen haben die Lehrpersonen auch einen zusätzlichen Betreuungsauftrag für jene Kinder wahrgenommen, deren Eltern zwingend zur Arbeit gehen mussten. Gerade für Eltern waren die letzten Monate eine grosse Herausforderung. Es galt, Haushalt, Job und die Kinderbetreuung völlig neu zu organisieren. Die Eltern haben diese anspruchsvolle Situation mit viel Engagement gemeistert und massgeblich dazu beigetragen, dass wir die Corona-Situation entschärfen konnten. Gut gelungen ist dann die Wiederaufnahme des Unterrichts in Kindergärten, Primarschulen und Sekundarschulen am 11. Mai. Die Freude der Kinder war riesig,

endlich wieder zur Schule zu gehen und die Klassenkameradinnen und -kameraden zu sehen. Die Lehr- und Fachpersonen habe ich bei meinen Schulbesuchen motiviert erlebt – und wo nötig flexibel und pragmatisch, etwa beim Umgang mit den Widersprüchen, die die Umsetzung der Schutzvorgaben des Bundes im Klassenzimmer leider mit sich bringt. Dieser Eindruck wiederholte sich auch etwas später, als wir am 8. Juni auch die nachobligatorischen Schulen wieder öffnen durften. Die ersten Wochen machten deutlich, dass die Wiedereröffnung der Schulen nicht zu früh kam. Keine einzige neue Ansteckung mit dem Corona-Virus ging

von einer Schule aus. Das stimmt mich ausserordentlich dankbar. Es zeigt auch, dass alle – Eltern, Schulleitungen, Lehr- und Fachpersonen und auch die Politik – die Rückkehr in die Normalität verantwortungsvoll angehen. Ich hoffe, dass wir dieses «An-einem-Strick-in-die-gleiche-Richtung-ziehen» in die Post-Covid-Ära mitnehmen können.

Die Schule ist unersetzbar. Das ist uns allen nochmals deutlicher bewusst geworden. Ich wünsche mir, dass sich dieses Bewusstsein in einem erhöhten Verständnis und einer zusätzlichen Wertschätzung gegenüber den Anliegen unserer Bildungsinstitutionen niederschlagen wird. Sie haben es verdient.

Unser Nationalrat: Stimm- und Wahlrecht ist Bürgerrecht

Das von linker Seite zum xten Mal geforderte (und vom Souverän bislang immer wuchtig abgelehnte) Stimm- und Wahlrecht ist wieder auf der politischen Agenda. Ich bin klar dagegen, denn die Möglichkeit, mittels Stimm- und Wahlzettel mitzubestimmen, muss auch weiterhin ans Bürgerrecht gekoppelt sein. Wer mitbestimmen will, der soll sich einbürgern lassen; die Tür dazu ist weit offen.



Nationalrat
Christoph Eymann

Der Grosse Rat hat einen SP-Vorstoss knapp gutgeheissen. Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren im Kanton wohnen und eine Niederlassungsbewilligung haben, sollen im Kanton abstimmen, wählen sowie gewählt werden können. Als Grund wird die steigende Zahl der Ausländerinnen und Ausländer angeführt. Es sei nicht demokratisch, wenn Menschen, die hier wohnen und auch Steuern bezahlen, nicht mitbestimmen können. Der Regierungsrat muss eine Vorlage ausarbeiten zur Änderung der Verfassung. Dann entscheidet das Volk. Nach 1994, als mehr als 70% eine Initiative ablehnten und 2010 als über 80% zum Ausländerstimmrecht Nein sagten, ist das jetzt der dritte Anlauf. Interessierte Ausländerinnen können sich einbürgern lassen, falls sie die Voraussetzungen dazu erfüllen. Die Einbürgerung ist erleichtert worden, beson-

ders für Junge, die hier geboren wurden und deren Familien schon lange in der Schweiz wohnen. Die Bürgergemeinde Basel bearbeitet die Einbürgerungen mit grosser Sorgfalt. Mit dem Bürgerrecht erhält man auch das Stimm- und Wahlrecht.

Bewährtes bewahren

Für mich gibt es keinen Grund, von diesem bewährten Vorgehen abzuweichen. Ich lehne auch die anderen Versuche von linken Parteien ab, am bestehenden Stimm- und Wahlrecht herum zu basteln. Das Prinzip „one man, - one vote“ muss bleiben und auch in Zukunft an das Bürgerrecht gebunden sein. Empörend, wie eine SP-Regierungsrätin versucht hat, das Stimmrecht älterer Menschen zu entwerten, indem Ältere eine Stimme haben sollen, Jüngere aber zwei. Verwerflich auch die Begründung der Forderung für das Stimmrechtsalters 16; dem Stimmverhalten älterer Menschen müsse man etwas entgegenhalten, deshalb sollen die 16- und 17-Jährigen stimmen können. So darf man nicht mit der Generation umgehen, der wir unseren Wohlstand verdanken. Diese Form von Altersdiskriminierung muss bekämpft werden. Das Argument, die ausländische Bevölkerung bezahle hier auch Steuern und müsse deshalb stimmen und wählen



Wer wählen und abstimmen will, kann sich leicht einbürgern lassen.

können, ist nicht schlüssig. Das Stimm- und Wahlrecht darf nicht an die Steuerleistung gebunden werden. Das wäre ungerecht, den fast 30'000 Personen gegenüber, die keine Steuern bezahlen; darunter viele Ausländer. Die ausländische Bevölkerung profitiert genau gleich wie die Schweizerinnen und Schweizer von staatlichen Leistungen. Bei Bedarf werden Beiträge an die Krankenkassenprämien geleistet, Mietzuschüsse ausgerichtet, Stipendien bezahlt, Kosten für Schulanlässe übernommen, Gratis-Sprachkurse für Erwachsene und Kinder angeboten und Sozialhilfe bezahlt. Zurecht wird dabei kein Unterschied

zwischen Schweizer Bürgern und Ausländern gemacht. Wer aus dem Ausland nach Basel kommt, tut dies freiwillig und wohl auch in Erwartung besserer Berufs- oder Lebensperspektiven. Das soll so sein, unser Arbeitsmarkt braucht Ausländerinnen und Ausländer, sie sind willkommen.

Es ist Jeder und Jedem freigestellt, die Einbürgerung anzustreben. Die Demokratie wird in keiner Weise beschädigt, wenn in unserem Kanton Ausländerinnen und Ausländer wohnen, die nicht stimmen dürfen. Sie könnten, wenn

sie wollten. Einer grossen Anzahl von Menschen aus dem Ausland nach nur fünf Jahren Aufenthalt das Stimm- und Wahlrecht gratis zu geben, würde das bewährte Einbürgerungsverfahren aushöhlen und das Schweizer Bürgerrecht entwerten.

Jeder entscheidet selbst über seine Integration. Es ist allen unbenommen, ihre Kinder in die International School zu schicken. Es besteht kein Zwang, unsere Sprache zu erlernen. Der Zugang zu staatlichen Leistungen besteht gleich wie für Schweizerinnen und Schweizer.

Um aber mitbestimmen zu können, darf von Ausländern auch ein Effort verlangt werden, das Einbürgerungsverfahren.

Ist die Triebfeder für diesen erneuten, anbietend wirkenden Versuch die Hoffnung, die eigene Wählerbasis zu erweitern? Die SP-Forderung nach Mitsprache für alle ist auch deshalb interessant, weil die SP ihren Mitgliedern nicht erlaubt, über Regierungsratskandidaturen zu befinden, das ist dort Sache der Delegierten...

Dieser Text erschien zuerst in der Basler Zeitung vom 23. Juni 2020

Begrenzungsinitiative: Herr im eigenen Land oder Frontal- Angriff auf die Schweizer Wirtschaft?

Mit der Annahme der Begrenzungsinitiative werde die Schweiz wieder Herr im eigenen Land und könne die Zuwanderung eigenständig regeln. Dies sagen die Befürworter des im September zur Abstimmung kommenden Volksbegehrens. Es handle sich um einen Frontalangriff auf die Schweizer Wirtschaft, weil mit einer Annahme die Bilateralen Verträge mit der EU stark gefährdet seien und die Schweiz dann als Insel in Europa dastehe, argumentieren die Gegner. Hier eine Auflistung der Argumente

Die Schweizer Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» (von den Gegnern «Kündigungsinitiative» genannt) wurde am 31. August 2018 von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) eingereicht. Der Abstimmungs-termin vom 17. Mai 2020 wurde wegen der COVID-19-Pandemie auf den 27. September 2020 verschoben.

Eigenständige Zuwanderungsregelung

Die Initiative verlangt eine eigenständige Zuwanderungsregelung in die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit. So will sie in der Bundesverfassung festschreiben, dass die Schweiz nie mehr einen Vertrag abschliessen darf, der ausländischen Staatsangehörigen Freizügigkeitsrechte gewährt. Dem Bundesrat werden dafür klare Fristen vorgegeben. Die Landesregierung hat nach der Abstimmung genau ein Jahr Zeit, um mit der EU über die Beendigung der Personenfreizügigkeit zu verhandeln. Falls das Abkommen dann noch immer in Kraft ist, muss der Bundesrat innert 30 Tagen die Kündigung aussprechen. Hier sehen die Gegner den Hauptknack-

punkt der Initiative. Denn das Freizügigkeitsabkommen ist Teil der Bilateralen I. Als diese Verträge 1999 abgeschlossen wurden, hat man sich auf die sogenannte «Guillotine-Klausel» geeinigt. Sie besagt, dass die sieben Abkommen untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn eines gekündigt wird, fallen auch alle anderen automatisch dahin. Per Ende 2021 stünde die Schweiz ohne die Bilateralen da.

Verlust des direkten Zugangs zur EU

Die EU habe in den vergangenen Jahren gegenüber der Schweiz immer wieder klargemacht, dass der direkte Zugang zum europäischen Binnenmarkt untrennbar mit der Personenfreizügigkeit verbunden sei. Dies – so das gegnerische Argument – gelte es zu bedenken, wenn man über eine künftige Regelung spekulieren will.

Im von *economiesuisse* herausgegebenen Argumentarium wird betont, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit werde von einer klaren Mehrheit der Schweizer Unternehmen als der wichtigste Vertrag der Bilateralen I betrachtet. Denn es ermöglicht beispielsweise einem kleinen, hoch spezialisierten In-

Nein-Empfehlung des LDP- Vorstandes

Die Parolenfassung der LDP Basel-Stadt findet erst nach Erscheinen dieser Ausgabe des LIBERAL statt. Der Vorstand empfiehlt aber ein Nein zur Begrenzungsinitiative und wird dies an der kommenden Parteiversammlung auch so vertreten.

Zu den übrigen Vorlagen der Eidg. Volksabstimmung vom 27. September empfiehlt der LDP-Vorstand folgende Parolen:

- Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG) **Ja**
- Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten) **Ja**
- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbersersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie») **Ja**
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge: **Ja**

dustriebetrieb, dringend benötigte Fachkräfte aus dem EU-Raum einzustellen, um ein weltweit einzigartiges Produkt anzufertigen. Gleichzeitig kann ein heimischer Hersteller komplexer Werkzeugmaschinen dank des Abkommens seine Anlagen durch eigene Techniker überall in Europa ohne grossen administrativen Aufwand direkt beim Kunden installieren, warten und Schulungen durchführen.

Dazu komme das Abkommen zum Abbau der technischen Handelshemmnisse, welches unter anderem sicherstelle, dass ein mittelgrosses Schweizer Medizintechnikunternehmen ein neuartiges

Implantat ohne zusätzliche teure und langwierige Prüfung im EU-Raum vertreiben darf. Das Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen bietet einem Schweizer IT-Start-up die Möglichkeit, an öffentlichen Ausschreibungen in Gemeinden und Regionen innerhalb der EU teilzunehmen. Zugleich profitiere ein Schweizer Zulieferer von Elektronikkomponenten davon, dass ein Schweizer Schienenfahrzeughersteller die öffentliche Ausschreibung einer europäischen Stadt für neue Strassenbahnfahrzeuge gewinnt und ihm hierfür zusätzliche Komponenten in Auftrag gibt.

„Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!“, sagen dagegen die Initianten. Die Schweiz brauche auch ausländische Arbeitskräfte – aber als souveräner Staat bestimme sie selber, wer ins Land komme.

Heute müsse die Schweiz wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU jedes Jahr Zehntausende EU-Ausländer aufnehmen. Diese seien in ihrer Mehrheit günstige Arbeiter und verdienten im Durchschnitt weniger als Schweizer und Schweizerinnen. Besonders in der Westschweiz und im Tessin würden krasse Lohnunterschiede bestehen. Darunter leideten vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende, die von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland verdrängt und in die Sozialhilfe abgeschoben würden.

Die masslose Zuwanderung schade unserem Land und unserer Umwelt, behaupten die Initianten weiter. Für die Million Menschen, die in den letzten 13 Jahren zugewandert seien, sei eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern zubetoniert werden. Eine Million mehr

Menschen brauchen 454'000 neue Wohnungen und 543'000 zusätzliche Autos. Das rasante Bevölkerungswachstum habe sich stark auf die Verkehrssituation ausgewirkt. Sowohl Strasse als auch Schiene würden an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Und es habe dazu geführt, dass die Nachfrage nach Wohnraum in der Schweiz wächst. Als Folge seien die Wohnkosten massiv angestiegen. Durch die horrenden Preise würden viele gezwungen, lange Pendlerstrecken in Kauf zu nehmen, in der Hoffnung, erschwinglichen Wohnraum zu finden. Dieser Exodus führe wiederum zu einer Fülle von weiteren Problemen, so unter anderem zu einer Verlagerung der Verkehrsprobleme, zu mehr Staus, überfüllten Zügen, zu Mangel an Schulraum und einer masslosen Überbauung von wertvollem Kulturland.

Liberaler Riehen-Bettingen: Zoomitis und Co.



„Des Einen Freud, des Anderen Leid“ - auch in der Rieherer Politik hat die Digitalisierung virusbedingt fast über Nacht Einzug gehalten. Zoom und Co. statt physische Treffen, keine eifrigen Diskussionen mit Händen und Füßen - nur Köpfe gesittet sprechend über den Bildschirm. Politische Emotionen blieben in der häuslichen Stube und die gemütlichen Bierumtrünke danach - virtuell! Einwohnerratssitzungen ausserhalb unseres Dorfes? Unmögliches wird plötzlich Realität und mit der ganzen politischen Delegation wurde kurzerhand hygienemassnahmenteknisch nach Basel gezügelt. Auch die Mitgliederversammlung der LDP Riehen Bettingen erfolgte auf schriftlichem Weg. (Das gemütliche Beisammensein wird doppelt nachgeholt!) Auf diesem Weg möchte ich allen danken, welche sich in dieser Form an den statutarischen Geschäften beteiligt haben und so für einen geregelten Ablauf der MV sorgten. Unser sehr beliebter Frühlingsanlass - leider ein Corona-Opfer. Wir freuen uns aber auf weitere wunderbare stimmige Feierlichkeiten im Kreise unserer Mitglieder!

Mit kreativer Sitzungsplanung und Abstandsregeln konnten wir dennoch eine erweiterte Vorstandssitzung mit allen Mandatsträgern von Riehen abhalten und die im Herbst stattfindenden Wahlen für Riehen aufgleisen. Die Ideen und die Begeisterung für den Rieherer Wahlkampf sind auf jeden Fall voll intakt - emotionsreich - mit Händen und Füßen! Wir sind gestärkt für die weiteren Monate und freuen uns sehr auf die kommende an- und aufregenden politische Zeit. Was uns erreicht und bewegt - wir sind gespannt...

Nun wünsche ich der ganzen LDP- Familie weiterhin beste Gesundheit und geniessen Sie den Sommer in vollen Zügen!

Nicole Strahm-Lavanchy, Präsidentin LDP Riehen Bettingen

Foto: Thomas Strahm, Michael Wieser, Remo Schweigler, Nicole Strahm, Claudia Schultheiss, Heiner Vischer.

Däge zeichnet für LIBERAL



Der bekannte Cartoonist, Illustrator und „Lampemooler“ (seit fünfzig Jahren!) zeichnet nun für das LIBERAL. Wer ihn - er ist auch LDP-Mitglied und Kandidat auf der Kleinbasler Grossratsliste - persönlich kennenlernen will, trifft ihn am besten in seinem Atelier und Vereinslokal am Weilerweg 10 in Kleinhüningen. Für einen Schwatz, einen Kaffee oder ein Glas Wein ist dort meistens Zeit - und viel zu betrachten (oder zu kaufen) gibt es auch.

Wahl der Regierung: Prozedere gibt immer wieder Anlass zu Missverständnissen

Wie genau werden in Basel-Stadt der Regierungsrat und das Regierungspräsidium gewählt? Diese Frage gibt immer wieder Anlass zu Missverständnissen. Darum wird hier das Prozedere kurz und knapp erklärt.

Am 25. Oktober werden neben dem Grossen Rat auch die Mitglieder des Basler Regierungsrates - und das Regierungspräsidium gewählt. Wobei es bei Regierungsrat und Regierungspräsidium auch zu zweiten Wahlgängen kommen kann - aber machen wir es nicht noch komplizierter...

Auf dem Wahlzettel für die Regierungsratswahlen sind alle offiziellen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt. Zudem hat es sieben leere Zeilen.

Die Stimmberechtigten haben nun die Möglichkeit, vorgedruckte Kandidaten anzukreuzen sowie weitere Personen mit den leeren Zeilen zu wählen.

Im Gegensatz zu den Grossratswahlen ist das Kumulieren bei Majorzwahlen nicht zulässig. Jeder Name darf also nur einmal angekreuzt oder selbst hingeschrieben werden. Und es dürfen nur für

sieben Personen Stimmen abgegeben werden.

In die Regierung können alle Personen gewählt werden, die im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigt sind. Gewählt sind die Kandidaten mit den meisten Stimmen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit.

Und nun zur Wahl der Regierungspräsidentin oder des Regierungspräsidenten: Auch hier darf ein vorgedruckter Name angekreuzt oder ein anderer Name aufgeschrieben werden. Es gibt aber eine Bedingung: Den Namen, den man für das Regierungspräsidium hinschreibt, den muss man auch als Regierungsrat gewählt haben. Einen Namen also nur für das Präsidium anzukreuzen resp. aufzuschreiben, nicht aber auf der Liste für den Regierungsrat - das geht nicht und die Wahl ist ungültig.

4010 Basel
PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Juli 2020

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
1'400 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln